

EINWURF

ZUKUNFT DER DEMOKRATIE 3 | 2013



Von Performern und Prekären – wird Deutschland eine Demokratie der Besserverdienenden?

Autoren



Christina Tillmann
christina.tillmann
@bertelsmann-stiftung.de
Tel. (05241) 81 81335



Jérémie Gagné
jeremie.felix.gagne
@bertelsmann-stiftung.de
Tel. (05241) 81 81263

Die Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013 hat sich mit 71,5 Prozent auf historisch niedrigem Niveau verfestigt. Gleichzeitig verschärft das geringe Niveau der Wahlbeteiligung die soziale Selektivität der Wählerschaft und damit die soziale Spaltung unserer Demokratie. Dabei zeigt sich bundesweit ein einheitliches Muster: Je prekärer die sozialen Lebensverhältnisse in einem Stadtteil oder Stimmbezirk, desto geringer fällt die Wahlbeteiligung aus. Soziale Ungleichheit führt zu politischer Ungleichheit. Darunter leidet die Repräsentativität des Wahlergebnisses.

Niedrige Wahlbeteiligung bedeutet ungleiche Wahlbeteiligung

Vor der Bundestagswahl 2013 konnte man in den Medien eine breitgeführte Debatte über Nichtwähler verfolgen. In Talkshows diskutierten prominente

Nichtwähler über die Gründe ihrer Entscheidung, nicht zur Wahl zu gehen. Man sah Journalisten, Schauspieler, Unternehmer und Professoren, die ihre Wahlverweigerung vor allem mit einer generellen Politiker- und Parteienverdrossenheit und darüber hinaus mit hoch politischen inhalt-

lichen Argumentationen begründeten. Es entstand der Eindruck, Nichtwähler seien besonders politische Menschen, jedenfalls politisch informierter und eloquenter als so mancher Wähler. Nach der Bundestagswahl verstummte die mediale Debatte abrupt. Mindestens zwei Aspekte sind daran bemerkenswert:

„Ungleiche Wahlbeteiligung spiegelt ungleiche Lebensverhältnisse wider.“

- Zum einen verstummte die Debatte, obwohl die Wahlbeteiligung mit 71,5 Prozent auf einem historischen Tiefststand stagnierte, und obwohl eine niedrige Wahlbeteiligung immer auch eine ungleiche Wahlbeteiligung ist. Jede Debatte über mögliche Folgen der niedrigen Wahlbeteiligung greift nämlich zu kurz, wenn nur das allgemeine Niveau der Wahlbeteiligung betrachtet wird. Denn hinter dem Durchschnitt der Wahlbeteiligung verbergen sich Unterschiede und Ungleichheiten, die nachweislich zunehmen, wenn die Wahlbeteiligung insgesamt sinkt. Bei der Bundestagswahl 2013 lag der Unterschied zwischen den Stimmbezirken mit der höchsten und der niedrigsten Wahlbeteiligung bereits bei fast 30 Prozentpunkten. Auch innerhalb einer Stadt zeigen sich zum Teil dramatische Unterschiede in der Wahlbeteiligung, so z. B. in Köln. Dort liegen Welten zwischen der Wahlbeteiligung in den Stadtteilen Hahnwald (88,7 Prozent) und Chorweiler (42,5 Prozent). Ähnlich groß sind die Unterschiede in Hamburg (34 Prozentpunkte) und Düsseldorf (33 Prozentpunkte).
- Zum anderen gibt das von den Medien gezeichnete Bild der Nichtwähler nur einen kleinen Ausschnitt der Realität wieder. Repräsentativ für die Masse der 17 Millionen Nichtwähler waren die in den Talkshows vertretenen Menschen jedenfalls nicht. Nichtwahl ist in der Mehrzahl der Fälle gerade keine bewusste Entscheidung nach systematischer Analyse und Abwägung aller Argumente die für und gegen eine Wahlteilnahme sprechen, sondern hängt sehr eng zusammen mit den sozialen Verhältnissen in denen die Menschen leben.

Das zeigt die Analyse von 28 Großstädten und 640 bundesweit repräsentativen Stimmbezirken: Die sozialen Lebensverhältnisse, der soziale Status und die Milieuzusammensetzung eines Wohngebietes bestimmen die Höhe der Wahlbeteiligung. Festmachen kann man diese unterschiedlichen sozialen Realitäten an den gesellschaftlichen Milieus, die ein Wohngebiet prägen, an der Höhe der

Quellenverweis

Alle im Text genannten Zahlen finden sich im Detail in der aktuellen Studie der Bertelsmann Stiftung und Infratest dimap: Schäfer, Vehrkamp, Gagné (2013): Prekäre Wahlen – Milieus und soziale Selektivität der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013.

Arbeitslosigkeit, am Bildungsstand, an der Art der Bebauung und nicht zuletzt an der Kaufkraft der Haushalte. Die Wahlbeteiligung sinkt, je prekärer die Lebensverhältnisse in einem Stadtviertel oder Stimmbezirk sind. Konkret bedeutet das: Je größer der Anteil der sozial schwächeren Milieus, je höher die Arbeitslosigkeit, je schlechter die Wohnverhältnisse und je geringer der Bildungsstand und die durchschnittliche Kaufkraft in einem Stadtteil oder Stimmbezirk, umso geringer ist die Wahlbeteiligung.

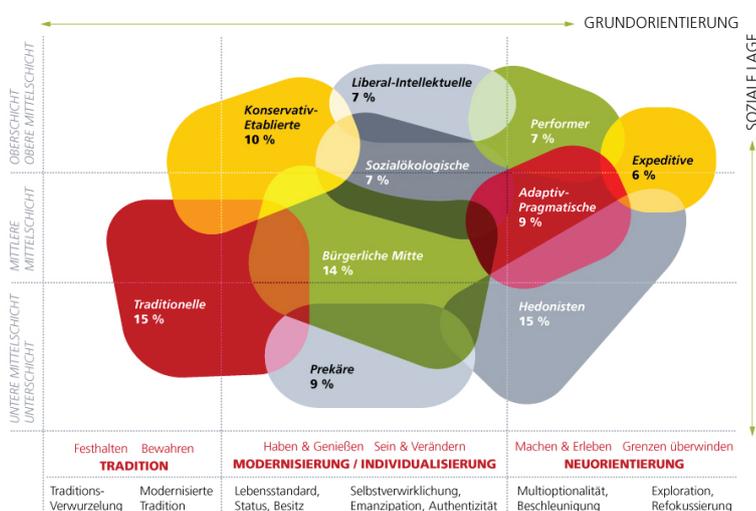
Die Lebenswelten von Wählern und Nichtwählern

Besonders anschaulich werden die Unterschiede in den Lebensverhältnissen, wenn man die gesellschaftlichen Milieus betrachtet und sie in Bezug zur Wahlbeteiligung setzt. Früher sprach man von DER Oberschicht und DER Mittelschicht – heute ist der Blick auf gesellschaftliche Gruppen differenzierter: Die auf den Sinus Milieus® basierenden microm Geo Milieus® verteilen sich in einem zweidimensionalen Raum zwischen sozialer Schicht auf der einen Achse sowie

Werten, Einstellungen und Grundorientierungen auf der zweiten Achse (siehe Infografik: Geo Milieus microm®).

Setzt man nun diese zehn Milieus und ihre Verteilung in einem bestimmten Gebiet in Zusammenhang mit der Wahlbeteiligung, so zeigt sich ein eindeutiges Bild: Je mehr Menschen aus den sozial schwächeren Milieus in einem Stadtviertel wohnen, umso geringer ist die Wahlbeteiligung, während dort, wo überdurchschnittlich viele Menschen aus den sozial stärkeren Milieus wohnen, auch die Wahlbeteiligung überdurchschnittlich hoch ausfällt.

MICROM GEO MILIEUS®: VERTEILUNG IN DEUTSCHLAND



Quellenverweis

Eigene Darstellung auf Basis von Sinus und microm 2011.

- Wo viele Menschen aus dem liberal-intellektuellen Milieu und dem Milieu der Performer leben, ist die Wahlbeteiligung überdurchschnittlich hoch. Die Bildungs- und jungen Leistungseliten dieser Milieus legen viel Wert auf ein selbstbestimmtes Leben, global-ökonomisches Denken und sind von vielfältigen intellektuellen Interessen geprägt.
- Einen ebenfalls positiven Einfluss auf die Wahlbeteiligung haben das konservativ-etablierte Milieu und das sozialökologische Milieu. Hier findet sich das klassische Establishment, das von einer starken Verantwortungs- und Erfolgsethik gekennzeichnet ist. Aber auch konsum-kritische Gruppen



Zur Person

Dr. Armin Schäfer, geb. 1975, ist Wissenschaftler am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln und beschäftigt sich mit Grundsatzfragen und aktuellen Herausforderungen der Demokratie. Er ist Mitautor der Studie „Prekäre Wahlen – Milieus und soziale Selektivität bei der Bundestagswahl 2013“. Der EINWURF hat ihn zum Thema Wahlbeteiligung in Deutschland befragt.



mit sehr klaren Vorstellungen vom normativ „richtigen“ Leben und einem starken sozialen Gewissen gehören dazu. Dort, wo diese Milieus überdurchschnittlich vertreten sind, stellt man einen leicht positiven Effekt auf die Höhe der Wahlbeteiligung fest.

- Ein entgegengesetzter und damit negativer Effekt auf die Wahlbeteiligung zeigt sich dort, wo die drei sozial schwächeren Milieus leben – das Milieu der Traditionellen, der Prekären und das

der Hedonisten. Sicherheitsbedürfnis, Ordnungsliebe und Kleinbürgertum prägen diese Milieus ebenso wie große Zukunftsängste, geringe Aufstiegsperspektiven und soziale Benachteiligungen. Gleichzeitig sind vor allem die Milieus der Prekären und Hedonisten aber auch geprägt von einer spaß- und erlebnisorientierten Unterschicht, die sich den Konventionen und Verhaltenserwartungen der Leistungsgesellschaft verweigert. Wo diese Grundhaltungen auftauchen, ist die Wahlbeteiligung unterdurchschnittlich.

- Keinen messbaren Effekt auf die Wahlbeteiligung haben dagegen die Milieus der Bürgerlichen Mitte, der Adaptiv-Pragmatischen und Exeditiven. Hier steht die ambitionierte kreative Avantgarde neben dem bürgerlichen Mainstream und der modernen jungen Mitte mit ausgeprägtem Lebenspragmatismus.

Gerade innerhalb der sozial schwachen Milieus macht die Grundorientierung und Werthaltung einen entscheidenden Unterschied: Traditionelle Werte erleichtern den Weg zur Wahlurne, individualistische und experimentelle, auf Neuorientierung sowie Spaß- und Erlebnisorientierung abzielende Grundeinstellungen führen eher zur Nichtwahl.

Insgesamt bleibt festzuhalten: In den Stadtteilen mit der niedrigsten Wahlbeteiligung gehören fast zehnmal so viele Menschen (67 Prozent) einem der drei sozial prekären Milieus an wie in den Stadtteilen mit der höchsten Wahlbeteiligung (7 Prozent).

Niedrige Wahlbeteiligung in Gebieten mit hoher Arbeitslosigkeit

Wie die Milieus, steht auch die Höhe der Arbeitslosigkeit in einem engen Zusammenhang mit der Höhe der Wahlbeteiligung. Je mehr Menschen in einem Gebiet arbeitslos sind, desto niedriger fällt die Wahlbeteiligung aus. Die Analyse der 28 Großstädte zeigt: In den Stadtteilen mit der niedrigsten Wahlbeteiligung sind

fast fünfmal so viele Menschen arbeitslos wie in den Stadtteilen mit der höchsten Wahlbeteiligung. In Stadtteilen mit Massenarbeitslosigkeit, wie Prohlis-Süd in Dresden oder Tenever in Bremen, nahmen kaum mehr als 50 Prozent der Wahl-

berechtigten ihr Wahlrecht wahr. Den Kontrast dazu bilden Stadtteile wie Düsseldorf-Volmerswerth oder Hamburg-Nienstedten, wo Vollbeschäftigung mit einer Wahlbeteiligung um 90 Prozent einhergeht. Hinzu kommt ein weiterer Effekt, denn in den Stadtteilen mit hoher Arbeitslosigkeit ist zumeist auch der Anteil an nicht-wahlberechtigten Ausländern hoch. Nimmt man also als Ausgangspunkt nicht nur die wahlberechtigte, sondern die gesamte Bevölkerung eines Stadtteils, so liegen die Wahlbeteiligungsquoten noch niedriger. In Extremfällen ist nur ein Drittel der Bevölkerung

„Die soziale und demokratische Spaltung am Beispiel Köln: In Chorweiler (19,3 Prozent Arbeitslose) wählten 42,5 Prozent, in Hahnwald (1 Prozent Arbeitslose) wählten hingegen 88,7 Prozent.“

im Wahlergebnis eines Gebiets repräsentiert. Der Zusammenhang zwischen Wahlbeteiligung und Arbeitslosigkeit ist so stark, dass man ihn als Grundlage für eine Vorhersage nutzen kann: Kennt man die Arbeitslosenquote, so kann man innerhalb einer Stadt mit hoher Wahrscheinlichkeit voraussagen, wie die Wahlbeteiligung in den einzelnen Stadtvierteln ausfällt.

Geringer Bildungsstand in Gebieten mit niedriger Wahlbeteiligung

Ein fast ebenso enger Zusammenhang lässt sich zwischen dem Bildungsstand in einem Wohngebiet und der Wahlbeteiligung feststellen: Je schwächer das Bildungsprofil ausfällt, desto niedriger liegt in der Regel die Wahlbeteiligung. Die Analyse der 28 deutschen Großstädte hat gezeigt, dass in den Stadtvierteln mit der niedrigsten Wahlbeteiligung mehr als doppelt so viele Menschen (15,2 Prozent) keinen Schulabschluss und gleichzeitig weit weniger als die Hälfte das Abitur (18,2 Prozent) haben als in den Stadtteilen mit der höchsten Wahlbeteiligung.

Schaut man sich eine Stadt im Detail an, wird das noch deutlicher:

In Braunschweig verfügen in der Weststadt nur 15 Prozent der Bewohner über Abitur, in Volkmarode hingegen fast 35 Prozent. Die Wahlbeteiligung lag in Volkmarode bei 85 Prozent, in der Weststadt dagegen gut 27 Prozentpunkte niedriger bei lediglich 58 Prozent.

Das führt dazu, dass im Wahlergebnis Wählerinnen und Wähler aus Wohnorten, in denen Bildung selbstverständlicher Teil der Lebensrealität ist, überdurchschnittlich vertreten sind. Dagegen sind Menschen aus bildungsferneren Vierteln mit ihren spezifischen Interessen und Anliegen im Wahlergebnis unterrepräsentiert.

Hohe Häuser und niedrige Kaufkraft in Gebieten mit niedriger Wahlbeteiligung

Nach den so deutlichen Zusammenhängen zwischen Wahlbeteiligung und Milieus, Arbeitslosigkeit und Bildung überrascht es nicht, dass auch die materielle Lage in einem Stadtteil eng mit der Höhe der Wahlbeteiligung korreliert – das Muster setzt sich fort.

In den Stadtteilen mit der niedrigsten Wahlbeteiligung liegt die durchschnittliche Kaufkraft der Haushalte mit 35.000 Euro p. a. um ein Drittel unter der Kaufkraft in den Stadtteilen mit der höchsten Wahlbeteiligung (52.000 Euro p. a.). Auf den Punkt gebracht bedeutet das: Je besser die finanzielle Lage eines Stadtviertels, umso höher die Wahlbeteiligung. Je prekärer die Lebensverhältnisse, desto niedriger die Wahlbeteiligung.

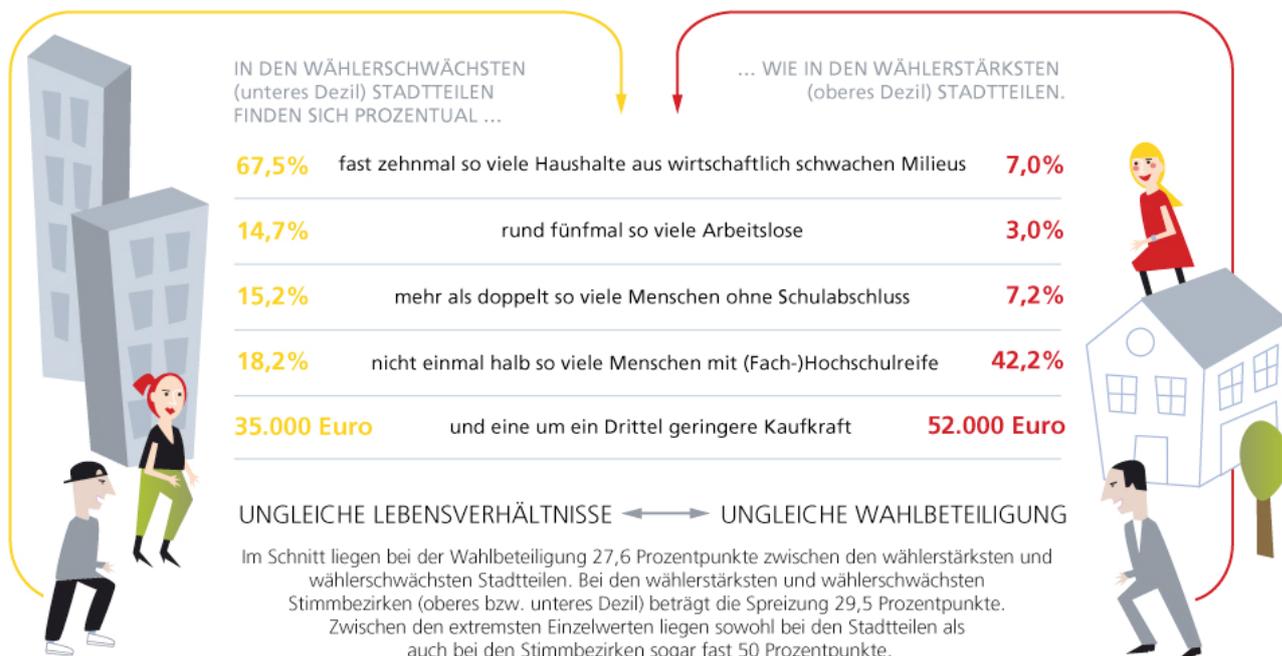
Derselbe Zusammenhang lässt sich auch an der Bebauung eines Stadtteils ablesen: Wo nur wenige Menschen bei der Bundestagswahl von ihrem Wahlrecht Gebrauch machten, dominieren meist große Wohnblöcke oder Mietshochhäuser. Große Sozial- oder Hochbausiedlungen wie im Kieler Stadtteil Gaarden-Ost (Wahlbeteiligung 47,5 Prozent) sind hier typisch. Im Gegenzug ist die Wahlbeteiligung dort ausnahmslos hoch, wo sich die besseren Wohnlagen befinden und die Bebauung von Ein- und Zweifamilienhäusern geprägt ist, wie beispielsweise in Kiel-Rönne (Wahlbeteiligung 85,6 Prozent).

Prekäre Milieus sind in unserer Demokratie unterrepräsentiert

Nimmt man all diese Informationen und nachgewiesenen Zusammenhänge zwischen sozialer Lage und Wahlbeteiligung zusammen, so ergibt sich ein drastisches Bild: In Gegenden mit hoher Arbeitslosigkeit, geringem verfügbarem Einkommen und geringem Bildungsstand ist die Wahlbeteiligung niedriger als in Gegenden mit hoher Beschäftigungsrate, hohem Einkommen und Bildungsstand. Ein großer Teil der Nichtwähler lebt demnach in Gebieten mit prekären Lebensverhältnissen.

Neben dem geringen Niveau der Wahlbeteiligung sind es vor allem diese drastischen sozialen Unterschiede in der Wahlbeteiligung, die unsere Demokratie vor eine Herausforderung stellen. Denn wie unsere Analyse zeigt, kamen bei der Bundestagswahl 2013 überproportional viele Nichtwähler aus den sozial prekären Milieus. Ihre Meinungen, Präferenzen und Interessen sind im Wahlergebnis unterrepräsentiert. Die Bundestagswahl 2013 war deshalb eine sozial prekäre Wahl.

BUNDESTAGSWAHL 2013: EINE PREKÄRE WAHL



Das vor der Bundestagswahl dominierende Bild der prominenten Nichtwähler hat also tatsächlich nur wenig mit der Realität zu tun. Hinter der steigenden Zahl von Nichtwählern verbirgt sich keine breite Bewegung von politisch motivierten, zum Wahlboykott entschlossenen Bürgern der sozial starken etablierten Schichten. Die Höhe der Wahlbeteiligung scheint auch weniger abhängig von Tagespolitik und den aktuellen politischen Debatten zu sein als vielfach vermutet. Vor allem aber kommen die Nichtwähler nicht gleichmäßig aus allen Teilen und Schichten der Bevölkerung. Tatsächlich verabschieden sich vor allem die sozial benachteiligten Milieus der Gesellschaft zunehmend dauerhaft von demokratischer Teilhabe über Wahlen, denn mehr als 70 Prozent der Nichtwähler 2013 haben schon bei der Bundestagswahl 2009 nicht gewählt.

Nichtwahl ist in Deutschland deshalb auch kein kurzfristig lösbares Problem. Vielmehr ist sie ein strukturelles Problem, dessen Wurzel in sozialer Ungleichheit und sich verändernden Werteorientierungen vor allem der sozial schwächeren Milieus liegt. Dauerhaft und effektiv ließe sich die in der unterschiedlichen Wahlbeteiligung sichtbare demokratische Ungleichheit wohl nur über eine Verringerung der sozialen Ungleichheit umkehren. Ein inklusiveres Bildungssystem, in dem der Bildungserfolg der Kinder nicht mehr vom Sozialstatus des Elternhauses abhängt, sowie ein inklusiverer Arbeitsmarkt würden deshalb auch der Demokratie helfen.

Weiterführende Literatur:

Armin Schäfer, 2012:
Beeinflusst die sinkende Wahlbeteiligung das Wahlergebnis? Eine Analyse kleinräumiger Wahldaten in deutschen Großstädten. In: Politische Vierteljahresschrift 53, 240-264.

Betsy Sinclair, 2012:
The Social Citizen – Peer Networks and Political Behavior. Chicago, London: The University of Chicago Press.

Petersen, Hierlemann, Vehrkamp, Wratil, 2013:
Gesplante Demokratie – Politische Partizipation und Demokratiezufriedenheit vor der Bundestagswahl 2013.

Schäfer, Vehrkamp, Gagné, 2013: Prekäre Wahlen – Milieus und soziale Selektivität der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013.

„Ich war wählen – und Du?“

Darüber hinaus müssen wir zusätzlich über Impulse nachdenken, die bereits kurzfristig wirken könnten. Einige vielversprechende Beispiele gibt es bereits, darunter die erfolgreiche Initiative des Kölner Stadt-Anzeigers: Unter dem Titel „Kalk wählt“ wurde über einen Zeitraum von zwei Wochen versucht, die Menschen in einem Stadtteil gezielt auf die Wahlen aufmerksam zu machen: Hausbesuche, direkte und persönliche Ansprache und Straßenfeste waren zentrale Instrumente der Initiative. An sich nichts Neues, möchte man denken – und doch: Die Wahlbeteiligung in Köln-Kalk stieg um viereinhalb Prozentpunkte im Vergleich zur Wahl 2009 an. Das war der stärkste Anstieg der Wahlbeteiligung in allen Kölner Stadtteilen.

Diese Logik liegt auch einem Ansatz aus den USA zugrunde. In dem Maße, in dem sich Freundschaften und soziale Bezüge zunehmend in sozialen Netzen etablieren, steigt auch die Chance, einen zusätzlichen Anreiz zur Teilnahme an der Wahl zu geben. Experimente zeigen, dass es über Facebook gelingen kann, eine sogenannte peer pressure zur Stimmabgabe aufzubauen. Am Wahltag wurde Facebook-Nutzern angezeigt, wie viele ihrer Freunde angegeben hatten, bereits zur Wahl gegangen zu sein. Ein erstaunlicher Effekt zeigte sich: Je mehr Freunde angaben, gewählt zu haben, desto größer wurde der soziale Druck, ebenfalls zu wählen – und desto höher war die Wahrscheinlichkeit, selbst wählen zu gehen.

Das zeigt: Auch kurzfristig können Initiativen ganz unterschiedlicher Akteure einen positiven Effekt auf die Wahlbeteiligung haben. Nicht nur die Parteien sind gefragt – auch andere gesellschaftliche Akteure sind gefordert sich einzubringen. Nicht immer muss es eine breit angelegte und durchgeplante bundesweite Kampagne sein – auch Grass-root-Initiativen, die sich in sozialen Netzwerken entwickeln, können einen wertvollen Beitrag leisten. Gefragt sind wir somit alle!

V.i.S.d.P.

Bertelsmann Stiftung · Carl Bertelsmann Straße 256 ·
D-33311 Gütersloh · www.bertelsmann-stiftung.de

Prof. Dr. Robert Vehrkamp
robert.vehrkamp@bertelsmann-stiftung.de

Redaktion: Christina Tillmann, Dr. Dominik Hierlemann

Redaktionsassistentin und Anfragen:
gaelle.beckmann@bertelsmann-stiftung.de
Tel. +49 5241 81 81105

Dezember 2013 | ISSN: 2197-5256

EINWURF – Ein Policy Brief der Bertelsmann Stiftung

Der EINWURF ist ein Policy Brief des Programms „Zukunft der Demokratie“ der Bertelsmann Stiftung. Er beschäftigt sich mit aktuellen Themen und Herausforderungen einer Demokratie. Schwerpunkte sind Fragen der politischen Teilhabe, der Zukunft von Parteien und Parlamenten, der Nachhaltigkeit demokratischer Politik sowie neue Formen der direkten Demokratie und Bürgerbeteiligung. Der EINWURF erscheint unregelmäßig in 6-8 Ausgaben pro Jahr.